



Foto: adp

ARBEITSMARKTREFORM

## Harte Verhandlungen im Vermittlungsausschuss

Die im Bundestag verabschiedeten Hartz III und IV-Gesetze werden so nicht durch den Bundesrat gehen. Das hat die CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, be-

reits im Vorfeld der Abstimmung deutlich gemacht.

„Wir haben unseren Gesetzentwurf und die Bundesregierung hat ihren“, so Merkel. Im Vermittlungsausschuss gehe es darum,

*Fortsetzung auf Seite 2*

### INHALT

HERZOG-KOMMISSION  
Fragen und Antworten  
SEITE 3

VOLKER KAUDER:  
Die Union ist konstruktiv –  
Rot-Grün nicht  
SEITE 8

PAPST-JUBILÄUM  
Die CDU gratuliert  
SEITE 10

CDA  
Zukunftspreis verliehen  
SEITE 11

- Flugblatt der Woche – Herzog-Vorschläge: solidarisches und verlässlich (Seite 7)
- Südwest-CDU stellt Weichen für Europawahl (Seite 12)
- Niedersachsen hat Erfolg bei der Unterrichtsversorgung (Seite 12)
- kurz & bündig (Seite 13)
- Peter Götz: Konnexitätsprinzip ins Grundgesetz (Seite 14)
- Werner Wittlich und Julia Klöckner: Bundespfandminister im Abseits (Seite 14)
- Dirk Fischer: Wann zieht Kanzler Schröder die Reißleine? (Seite 15)
- Maria Böhmer: Endlich Reformen (Seite 16)
- Dagmar Wöhr: Zwangsabgabe schafft keine Lehrstellen (Seite 16)

IMPRESSUM



*Fortsetzung von Seite 1*  
 diese beiden Gesetzentwürfe zusammenzuführen. Im Ziel seien sich CDU und Bundesregierung zwar einig, aber es gehe um sehr viele Details, die geklärt werden müssten. „Da wird es sehr harte Verhandlungen geben“, prognostizierte die Parteichefin. Ein Kompromiss sei aber immer dann möglich, wenn die Vorteile die Nachteile überwiegen würden, machte Merkel im Hinblick auf die Verhandlungslinie deutlich.

### CDU setzt auf Kommunen

Ein entscheidender Unterschied zwischen CDU und Rot-Grün besteht in der Auffassung, wie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Praxis erfolgen soll. Während die Union auf die Kommunen setzt, die einen besseren Einblick und einen engeren Kontakt zu den Betroffe-

nen haben, will Rot-Grün weiterhin die Arbeitsämter mit der Vermittlung betrauen. Dieses Verfahren hat sich jedoch in den vergangenen Jahren als wenig erfolgreich erwiesen. Dies erklärte auch Karl-Josef Laumann: „Ich kenne in Deutschland niemanden, der glaubt, dass die Bundesanstalt für Arbeit zurzeit einen guten Job macht. Und denen noch weitere 4,3 Millionen Leute in die administrative Verwaltung zu geben wird ein ähnlicher Supergau wie Dosenpfand und Maut.“

Die Zustimmung aus den eigenen Reihen im Bundestag hatte Schröder erst nach umfangreichen Zugeständnissen an den linken Parteiflügel im Vorfeld der Abstimmung bekommen. Experten erwarten, dass es spätestens dann zu neuen Konflikten in den Regierungsfractionen kommt, wenn die Ergebnisse aus dem Vermittlungsausschuss erneut im Bundestag zur Abstimmung gestellt werden.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax: 02226-802-111333, Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



## Fragen und Antworten

**Entgegen der Ankündigung in UID 32 finden Sie hier nicht eine Ergänzung sondern eine vollständige und überarbeitete Version der häufigsten Fragen und Antworten zu den Herzog-Vorschlägen. Weitere Informationen finden Sie unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) und im Mitgliedernetz.**

### **Warum brauchen wir eine Reform der Krankenversicherung?**

Wir alle bekommen es ständig zu spüren: Die Beiträge zur Krankenversicherung steigen ständig weiter. Zwei Komponenten sind dafür wesentlich: Die demographische Entwicklung und der medizinische Fortschritt. Wir freuen uns auf der einen Seite über steigende Lebenserwartungen und Innovationen in der Medizin, auf der anderen Seite müssen wir auch morgen noch allen Versicherten zusichern können, ohne Einschränkungen alle notwendigen medizinischen Leistungen zu empfangen. Die Experten prognostizieren aber einen steilen Anstieg der Beitragssätze. So wird bereits für das Jahr 2020 ein Beitragssatz von knapp 17 Prozent und für 2030 von rund 20 Prozent

erwartet. Das zeigt: Der Handlungsdruck ist enorm. Keiner will, dass wir englische Verhältnisse bekommen, wo kranken Menschen eine Behandlung verwehrt wird, weil sie entweder zu alt sind oder die Kassen gerade leer. Deswegen müssen wir einer solchen Entwicklung gegensteuern. Eine Reform des bestehenden Systems würde entweder massive Leistungskürzungen oder massiv ansteigende Beitragssätze bedeuten. Beides sind keine Alternativen.

Wir brauchen daher ein Konzept, das gesundheitliche Risiken auf der einen Seite auch morgen noch solidarisch absichert und dem Einzelnen auf der anderen Seite mehr Wahlfreiheit und Eigenverantwortung zubilligt.

### **Was ist eine Gesundheitsprämie?**

Die solidarische Gesundheitsprämie, die wir vorschlagen, wird individuell für den Einzelnen berechnet. Ihre Höhe hängt unter anderem von Annahmen darüber ab, wie sich der medizinische Fortschritt und das Verhältnis von Alt und Jung in der Bevölkerung entwickeln. Dazu kommen Altersrückstellungen: In jungen Jahren wird ein Teil der Prämie in einem Topf ange-

spart; wenn mit zunehmendem Alter des Versicherten die Krankheitskosten steigen, dann sorgt das Kapital aus den Rückstellungen dafür, dass die monatliche Gesundheitsprämie für den Versicherten konstant bleibt und er mit 70 denselben Beitrag zahlt wie mit 20.

Darin liegt übrigens der Unterschied zur so genannten „Kopfpauschale“: Bei der werden die tatsächlichen Gesundheitskosten jedes Jahr auf alle Versicherten umgelegt. Da die Kosten wegen des Fortschrittes in der Medizin jährlich steigen und die Zahl der Erwerbstätigen aufgrund der demographischen Entwicklung ständig sinkt, muss jeder Einzelne Jahr für Jahr mehr bezahlen. Das wollen wir in unserem Modell der Gesundheitsprämie vermeiden.

### **Wie schnell kann man unser Gesundheitssystem auf ein Prämiensystem umstellen?**

Damit die älteren Versicherten keine Nachteile beim Umstieg erfahren, muss bereits bei der Vorbereitung des Umstiegs besonders auf die über 45-jährigen Rücksicht genommen werden. Deshalb wollen wir den Umstieg über einen Zeitraum von zehn Jah-

ren vorbereiten, indem wir soviel Kapital ansparen, wie beim Umstieg benötigt wird, damit die Prämien der Älteren nicht höher werden als die Prämien der Jüngeren. So können auch für diese älteren Versicherten beim Umstieg in das neue System stabile Beiträge garantiert werden, die denen eines neu in das System ein tretenden jungen Menschen entsprechen.

**Wer soll in Zukunft die Gesundheitsprämie bezahlen?**

Erwachsene werden, unabhängig vom Familienstand, eine Gesundheitsprämie leisten, Kinder sind auch in Zukunft beitragsfrei mitversichert.

**Was passiert mit Arbeitnehmern und Rentnern mit kleinen Einkommen?**

Wir wollen einen fairen Solidarausgleich, weil die Gesundheit niemals zu eine Frage des Geldbeutels werden darf und für alle bezahlbar sein muss. Natürlich muss daher besonders auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Geringverdiener und Familien Rücksicht genommen werden. Wir werden die Belastung für den einzelnen Haushalt auf maximal 15 Prozent des Einkommens begrenzen.

**Warum ist die Gesundheitsprämiesozialgerechter das bisherige System?**

In unserem heutigen System kommen nur diejenigen Leistungsträger für den erforderlichen Solidarausgleich auf, die gesetzlich krankenversichert sind. Das sind etwa 90 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland. Die übrigen 10 Prozent sind privat versichert oder Beamte und werden deshalb nicht für den Solidarausgleich für die Einkommenschwachen herangezogen.

Anders bei der Gesundheitsprämie: Hier erfolgt der Solidarausgleich nicht nur über die im System versicherten, sondern über alle Steuerzahler. Bei einer Finanzierung des Ausgleichs über die Steuer werden alle Steuerpflichtigen und nicht nur die Versicherten in der gesetzlichen Versicherung an der Finanzierung beteiligt – auch die privat Versicherten und die Beamten. Zur Finanzierung werden dadurch alle Einkunftsarten herangezogen – nicht nur die Arbeitseinkommen. Der soziale Ausgleich wird über die Steuerprogression nach individueller Leistungsfähigkeit vorgenommen – und nicht nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Die verfügbaren Einkommen der qualifizierten Facharbeiter und mittleren Angestellten werden deutlich gestärkt. Auf diese Weise wird der soziale Ausgleich zwischen großen und kleinen

Einkommen sehr viel gerechter organisiert als im bestehenden System.

**Wie kann der Kapitalstock vor Zugriff von außen gesichert werden?**

Die Kommission empfiehlt, den Kapitalstock so auszugestalten, dass die angesparten Mittel einem zweckwidrigen staatlichen Zugriff zuverlässig und auf Dauer entzogen bleiben. Dies könnte zum Beispiel durch die Einrichtung eines Fonds bei der Bundesbank sichergestellt werden.

**Was bezahlt der Arbeitgeber?**

Arbeit ist in Deutschland zu teuer. Folge: Immer mehr Firmen entlassen ihre Mitarbeiter, deutsche Unternehmen gehen ins Ausland, ausländische Firmen investieren nicht mehr in Deutschland. Deshalb gilt: Der Faktor Arbeit muss entlastet werden. Hauptstellschraube sind hier die Lohnnebenkosten. Sie sind zu hoch und müssen gesenkt werden. Deshalb schlagen wir vor, die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung teilweise von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Um den Arbeitgebern eine langfristige stabile Kalkulation der Arbeitskosten zu ermöglichen und die Lohnnebenkosten dauerhaft begrenzt zu halten, soll der Arbeitgeberanteil an der Krankenver-



sicherung abgesenkt und bei 6,5 Prozent festgeschrieben werden.

Von diesem dauerhaft gedeckelten Arbeitgeberanteil sollen 5,4 Prozent steuerfrei dem Arbeitslohn des Versicherten zugeschlagen werden. Den Rest – in Höhe von 1,1 Prozent – soll der Arbeitgeber für das Krankengeld aufwenden.

### Was passiert mit dem Krankengeld?

Der Arbeitgeber muss im Herzog-Modell dafür sorgen, dass die Krankengeld-Absicherung seiner Beschäftigten gewährleistet ist. Grund: Schon heute sind die Arbeitgeber für die sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zuständig. Durch die Übernahme auch der Anschlussleistung Krankengeld durch den Arbeitgeber wird die willkürliche Trennung der Zuständigkeiten für die Lohnfortzahlung und das Krankengeld aufgehoben. Darüber hinaus erhöht eine solche Zuordnung das Interesse der Arbeitgeber, gute Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu schaffen.

Das Herzog-Modell sieht vor, dass die Arbeitgeber in Zukunft 1,1 Prozent von dem bei 6,5 Prozent gedeckelten Arbeitgeberanteil verwenden, um damit Krankengeld-Versicherungen für ihre Beschäftigten abzuschließen.

### Warum sind wir nicht für einen Umstieg auf die Bürgerversicherung?

In der aktuellen Diskussion wird hauptsächlich aus den Regierungsparteien vorgeschlagen, die Krankenversicherung in eine „Bürgerversicherung“ umzuwandeln, in der alle Bürger – auch Beamte, Freiberufler, etc. – versicherungspflichtig sind.

Richtig ist: Auf diese Weise kommt mehr Geld in die Kasse. Aber nicht viel: Eine solche Steigerung des Beitragsaufkommens durch eine Einbeziehung aller Bürger würde die gesetzliche Krankenversicherung nur um 0,1 Beitragsatzpunkte im Jahr 2010 entlasten. Grund: Wenn mehr Menschen in das System kommen, dann steigt auch die Zahl derer, die Ansprüche an eine solche Versicherung haben.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass eine solche Versicherung das Problem steigender Lohnnebenkosten wegen der Demographie-Entwicklung nicht lösen würde, sondern die Koppelung der Beitrags-einnahmen an Löhne und Gehälter bestehen bliebe. Weiter hätte die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen rechtlich höchst problematische Auswirkungen auf die Vertragsfreiheit und die Betätigungsfreiheit der privaten Kranken-

versicherung. Auch müssten die Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherung durch die gesetzliche Krankenversicherung abgelöst werden. Zudem wäre mit unmittelbaren, erheblichen Ausgabensteigerungen in den öffentlichen Haushalten zu rechnen. Allein das Land Nordrhein-Westfalen hat für die Überführung seiner Beamten in eine „Bürgerversicherung“ dauerhafte Zusatzkosten in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro errechnet, die künftig zusätzlich vom Steuerzahler zu tragen wären.

### Wie lange sollen wir in Zukunft arbeiten?

Grundsätzlich sollen alle nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen können. Das ist eine sehr flexible Lösung, bei der den unterschiedlichen Erwerbsbiographien Rechnung getragen wird. Eine fixe Altersgrenze – wie die von der SPD vorgeschlagene „67“ – lehnen wir als zu starr und unflexibel ab.

Um das Konzept kalkulierbar und verfassungsfest zu machen, wollen wir einen Korridor von 63 bis 67 einrichten. Das heißt: Wer 45 Versicherungsjahre ausweist, soll mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen können. Hat er weniger Versicherungsjahre, dann soll er spätestens mit 67 die volle Rente bekommen.

### Wie kann erreicht werden, dass nach jahrelanger Beitragsleistung die Rente über der Sozialhilfe liegt?

Die Akzeptanz unseres Rentensystems wäre auf Dauer gefährdet, wenn vielen Versicherten in Zukunft trotz langer Beitragszeiten nur noch eine Rente in Höhe der Grundversicherung aus der Sozialhilfe oder sogar darunter zustehen würde. Deshalb wollen wir prüfen, eine Mindestrente einzuführen. Diese sollte für Versicherte, die sehr lange in das System eingezahlt haben, etwa 15 Prozent über der Sozialhilfe liegen.

### Was ändert sich bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten?

Die derzeitige Praxis der Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht ist nicht ausreichend. Denn wer Kinder erzieht, leistet einen Beitrag zum Generationenvertrag. Deshalb werden für diejenigen, die Erziehungsarbeit leisten, so genannte Entgeltpunkte, also Beiträge in die Rentenkasse geleistet. Wir schlagen vor, die Zahl der anzurechnenden Entgeltpunkte zu verdoppeln. Dies würde für künftige Rentner bedeuten, dass sechs statt bisher drei Entgeltpunkte für Kinder, die nach dem 1. 1. 1992 geboren sind, angerechnet werden und zwei Ent-

geltpunkte statt bisher einem für Kinder, die vor dem 1. 1. 1992 geboren sind.

### Was tun wir, damit Frauen in Zukunft eine eigene Altersvorsorge aufbauen können?

Das Verständnis der Rollen von Mann und Frau in Partnerschaft, Ehe und Familie hat sich gegenüber früheren Zeiten grundlegend gewandelt. Die gleichzeitige Berufstätigkeit und Familienverantwortlichkeit ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensentwurfmodell von Mann und Frau.

Die Folge ist, dass sich auch die Rentenbiographien ändern. In Zukunft sind Frauen nicht mehr in dem Maße auf die Hinterbliebenenversorgung ihres Mannes angewiesen wie noch vor 40 Jahren. Vor diesem Hintergrund entspricht eine in der Regel von der Altersrente des Mannes abgeleitete Alterssicherung der Frauen immer weniger dem gesellschaftlichen Verständnis und der darauf aufbauenden Lebenswirklichkeit.

Dies wollen wir nutzen, damit Frauen, die Kinder erziehen, eigene Rentenansprüche aufbauen können. Gerade weil Frauen wegen Kindererziehungszeiten oftmals Brüche in der Erwerbsbiographie haben, dürfen sie keine Nachteile erleiden, sondern brauchen eine eigenstän-

dige Absicherung – unabhängig davon, ob sie für die Zeiten der Kindererziehung zu Hause bleiben oder weiter ihrem Beruf nachgehen.

### Was soll sich im Bereich der privaten Vorsorge ändern?

Die so genannte „Riester-Rente“ ist aufgrund ihrer übermäßig bürokratischen und praxisfremden Ausgestaltung gescheitert. Wir schlagen daher vor, insbesondere das komplizierte Förderverfahren der privaten Altersvorsorge grundlegend zu vereinfachen. Vor allem die bürokratische Pflicht, in jedem Einzelfall die zustehenden Zulagen ausdrücklich zu beantragen, kann für alle, die eine Einkommensteuererklärung abgeben müssen, automatisiert geregelt werden.

Allen Erwerbstätigen muss klar sein, dass kein Weg an einer privaten und betrieblichen Vorsorge vorbeiführt. Deshalb muss sich die Förderung in Zukunft sehr viel stärker auf die einkommensschwachen konzentrieren, denen es schwer fällt, die vorgegebenen 4 Prozent vom Bruttogehalt für die Altersvorsorge aufzubringen.

Insbesondere die in großem Umfang genutzten betrieblichen Altersvorsorgemodelle – wie etwa die Entgeltumwandlung – wollen wir auch in Zukunft fördern.



# Herzog-Vorschläge – solidarisch und verlässlich

Die CDU will für alle Bürger die bestmögliche medizinische Versorgung – und dies bis ins hohe Alter. Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit müssen auch weiterhin Kennzeichen unseres Sozialsystems bleiben.

## Wo liegen die Vorteile der Herzog-Pläne?

**SOLIDARISCH:** Bisher werden privat Versicherte, Beamte und alle Einkünfte oberhalb der Bemessungsgrenze nicht in den notwendigen sozialen Ausgleich mit einbezogen. Deshalb schlägt die Herzog-Kommission vor, diesen Ausgleich künftig über die Steuer zu organisieren. Aus diesen Mitteln soll ein fairer Solidarausgleich erfolgen.

**FAMILIENGERECHT:** Die Anrechnung der Erziehungsjahre auf die Rente soll von drei auf sechs Jahre verdoppelt werden. Fest steht außerdem, dass die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern erhalten bleibt.

**VERLÄSSLICH:** Die CDU zeigt die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte auf. Die immerwährenden Notoperationen der Vergangenheit sind keine Alternative mehr.

**WETTBEWERBSORIENTIERT:** Solidarität und bezahlbare Arbeitskosten müssen gesichert werden. Der Kassenbeitrag wird künftig vom Lohn entkoppelt. Das verringert die Lohnnebenkosten. So haben auch einfache Tätigkeiten, die jetzt zu teuer sind, wieder eine Chance. Das Prämienmodell sichert zudem den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.

**Die Pläne der Herzog-Kommission sind die Antwort auf die Frage nach der Zukunft unserer Sozialsysteme.** Sie sind solidarischer als das aktuelle System, bringen den Versicherten verlässliche und berechenbare Beiträge und sie sind der beste Weg um auf das Problem einer alternden Bevölkerung angemessen zu reagieren.

Besser für die Menschen.



VOLKER KAUDER:

## Die Union ist **konstruktiv** – Rot-Grün nicht

**Wir stehen in diesen Tagen vor wichtigen Entscheidungen.**

Nicht weniger als zehn wichtige Gesetze haben den Bundestag, Bundesrat und gegebenenfalls den Vermittlungsausschuss zu durchlaufen: ■ Gesundheitsreform, ■ Sozialgesetzbuch XII, ■ Haushaltsbegleitgesetz (mit Vorziehen der Steuersenkungsstufe), ■ Gewerbesteuer, ■ Steuervergünstigungsabbaugesetz (sog. Korb II), ■ die so genannten Hartz III und IV-Gesetze (Umorganisation der Bundesanstalt für Arbeit, Zusammenführung von Arbeitslosen- u. Sozialhilfe), ■ Zuwanderungsgesetz, ■ die beiden Novellen zur Handwerksordnung und nicht zuletzt ■ der Bundeshaushalt 2004.

Von der Opposition wird dabei in der öffentlichen Meinung erwartet, keine „Blockade“ im Bundesrat zu betreiben. Natürlich besitzen die unionsgeführten Länder im Bundesrat die Mehrheit, übrigens in freien Wahlen gewonnen. Wir werden unserer Verantwortung für Deutschland daher auch gerecht werden und nicht – wie



es die SPD unter Lafontaine 1997 getan hat – eine vernünftige Steuerentlastung im Bundesrat abblocken.

Allerdings müssen von der Schröder-Regierung dabei auch Grundlagen des seriösen Umgangs miteinander und der parlamentarischen Regeln eingehalten werden. Ankündigungen mit Halbwertzeiten von wenigen Tagen, kaum mal eine Gesetzesvorlage, auf deren Grundlage gründlich beraten werden könnte, frisierte Zahlen, Haushaltsansätze, die auf wirklichkeitsfernen Annahmen beruhen, Trickereien ohne Ende erfüllen diese Bedingungen nicht. Dennoch haben wir Alternativen, wir haben sie sogar in Gesetzesform zu all den genannten Bereichen in Bundestag und Bundesrat eingebracht, insgesamt weit über 50 allein im letzten Jahr.

Voraussetzung für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Opposition ist ebenso, keine Verfahrenskniffe und Gesetzgebungs-tricks zu betreiben. So mussten wir kürzlich im Vermittlungsausschuss erleben, wie die Regierung ankündigte, die Kleine und Große Handwerksnovelle nicht gemeinsam zu verhandeln, sondern auseinander zu reißen, um einen Teil des Projekts allein durchzupeitschen. Die Union vertritt in Bund und Ländern die Auffassung, dass die zentralen Fragen der Zukunft des Handwerks in einem gemeinsamen Vermittlungsverfahren erörtert werden sollten und nicht getrennt nach einer Kleinen und einer Großen Handwerksnovelle. Damit erzeugt Schröder kein Vertrauen für die anstehenden notwendigen gemeinsamen Anstrengungen. Vielmehr geht davon das Signal aus, dass man die Opposition immer dort brüskiert, wo man glaubt, sie nicht zu brauchen. Bei Einspruchsgesetzen, will die Regierung die Opposition ausschließen, um sodann bei zustimmungspflichtigen Gesetzen von der Union eine



staatstragende und Deutschland weiter bringende Verantwortung zu fordern. Die meisten der anstehenden Gesetzesprojekte hängen jedoch inhaltlich wie finanziell miteinander zusammen, sie stehen auf dem für alle politischen Kräfte zwingenden und für Deutschland notwendigen Reformfahrplan. Werden hier einzelne Projekt willkürlich herausgelöst, um die Verhandlungsmasse einzuschränken, kann man kein zusammenhängendes Gesamtkonzept verwirklichen. Dies ist immer und immer wieder der Fehler der Schröder-Regierung.

Apropos Fehler! Das Zugeben eines Fehlers ist grundsätzlich ein anständiges und begrüßenswertes Verhalten. Allerdings handelt es sich bei „Fehlern“ durch Staatsorgane um schwerwiegende Vorgänge, die gravierende und zuweilen dramatische Fehlentscheidungen für ein ganzes Staatswesen darstellen. Gemeint ist der von Schröder locker zugestandene Fehler bei der Berechnungsformel für die Rentenhöhe. Für Leute mit Kurzzeitgedächtnis: Es ist fünf Jahre her, dass die SPD den von der Unionsregierung eingeführten Demographiefaktor zur Stabilisierung des Rentensystems wieder abgeschafft hat. Heute will die Regierung mit

derselben Begründung diesen Demographiefaktor erneut einführen. Jetzt heißt er nur anders: Nachhaltigkeitsfaktor zum Ausgleich der demographischen Entwicklung. Und Deutschland hat fünf Jahre verloren, um sein Rentensystem zu sanieren, 3 Mrd. Euro sind der Rentenkasse dadurch verloren gegangen. Eine durchaus fatale Fehlentscheidung, von deren Art man sich im privaten Leben kaum auch nur eine leisten kann.

Das Problem dabei ist nur, dass es sich dabei keineswegs um den einzigen Fehler von Schröder handelt: ■ die 630-DM-Jobs hat er abgeschafft, und unter dem Namen Mini-Jobs wieder eingeführt ■ die Zuzahlungen im Gesundheitssystem hat er gestrichen, und jetzt bei der Gesundheitsreform den Bürgern wieder auferlegt ■ die flexibleren Kündigungschutzregeln zur Förderung von Neueinstellungen hat er kassiert, ■ und nun in seiner Agenda in ähnlicher Form wieder belebt. Man könnte die Liste fortsetzen; Fehler über Fehler.

Da ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, dass auch bei den anstehenden Gesetzentwürfen der Regierung Fehlentscheidungen enthalten sein könnten. Niemand handelt, ohne Fehler zu machen, aber noch keine Re-

gierung in Deutschland hat derer in so kurzer Zeit, so viele und so gravierende begangen. Wie verhält es sich mit dem Versprechen von 3,5 Millionen Arbeitslosen und dem Satz vom „sonst haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden“ (O-Ton Schröder)? Hat er nicht vor der Bundestagswahl nahezu alle derzeit betriebenen Reformen für nicht erforderlich erklärt, vom Arbeitsmarkt über das Gesundheitssystem bis zu den Renten? Waren das nun nur Fehler bzw. Irrtümer oder etwa Lügen gegenüber dem Wähler?

Daher ist im Blick auf die Entscheidungen im Herbst auch deutlich klar zu stellen: die Union kann und darf nicht alles mitmachen, was die Regierung vorschlägt, nur um sich dem Blockadevorwurf zu entziehen. Schlechte Gesetze, falsche Entscheidungen, Fehler oder Irrtümer muss sie als Opposition verhindern, wenn sie ihre Aufgabe gut machen will. Lässt sich die Regierung also nicht auf die besseren Konzepte der Union ein, missbraucht sie Vertrauen oder trickst im Verfahren, so wird die Union nicht anstehen, durch Ablehnung wo sie es kann, Schlimmeres für Deutschland zu verhindern. Der Fehler sind in fünf Jahren Schröder getan!

## Herzlichen Glückwunsch!

**Mit folgendem Schreiben gratulierte die Vorsitzende, Angela Merkel, Papst Johannes Paul II zu seinem 25-jährigen Pontifikat:**

Eure Heiligkeit!

Seit nunmehr 25 Jahren dienen Sie an der Spitze der katholischen Kirche dem Petrus-Amt. Dieser Jahrestag bietet mir willkommene Gelegenheit, Ihnen sowohl persönlich wie auch im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands herzliche Glück- und Segenswünsche zu übermitteln.

Wir Deutschen haben nicht vergessen, in welchem hohen Maß wir es gerade auch Ihnen zu verdanken haben, dass der menschenverachtende Anspruch des Kommunismus erschüttert, der

hoch gefährliche Ost-West-Gegensatz überwunden und unser Vaterland nach langen Jahren der Spaltung wieder vereinigt werden konnte.

Sie waren in den langen Jahren Ihres Pontifikates niemals nur Bischof von Rom; immer waren Sie auch Seelsorger mit weltumspannendem Anspruch. Ihre großen Pastoralreisen legen davon nachdrücklich Zeugnis ab. Mit hohem Respekt haben wir Ihre besondere Zuwendung zu den armen und benachteiligten Regionen der Erde wahrgenommen. Nicht zu Unrecht hat man Sie als „personifiziertes Weltgewissen“ bezeichnet.

Sie haben Ihre schwere Erkrankung vor der Weltöffentlichkeit nicht verborgen

gehalten. In einer Zeit, in der dem körperlichen Leid in vielen Gesellschaften nicht mehr selbstverständlich Raum gegeben wird, setzen Sie mit Ihrer Haltung ein kostbares Zeichen, das deutlich macht, dass der Wert des Menschen nicht schon dann erkannt ist, wenn man nur auf die Jungen und Gesunden schaut. Millionen Menschen danken Ihnen für Ihre unbeirrte Demonstration wahrer Humanität.

Ich wünsche Ihnen einen frohen Festtag, der den Dank für das Erreichte ebenso einschließt wie die zuversichtliche Hoffnung auf die vollkommene Geborgenheit in Gott.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

### GLÜCKWÜNSCHE DER EVP-ED-FRAKTION

**Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im EP, Hans-Gert Pöttering, hat in einem Schreiben an Papst Johannes Paul II, diesem die Glückwünsche seiner Fraktion zum 25. Jahrestag seiner Wahl in das Amt des Papstes übermittelt.**

Pöttering brachte in seinem Schreiben den höchsten Respekt der Mitglieder der EVP-ED-Fraktion vor der Person des Papstes und

seinem unerlässlichen Einsatz für die Menschenrechte und die Einheit Europas zum Ausdruck. Seiner Weitsicht und seinem Mut sei es maßgeblich zu verdanken, dass die Tür der Völker Mittel- und Osteuropas nach Europa geöffnet werden konnte. „Mit den berühmten Worten „Habt keine Angst“, die Papst Johannes Paul II 1979 bei seinem ersten Besuch als Papst in Polen an

seine Landsleute richtete, hat er auf den Lauf der Geschichte und die Befreiung der Länder Mittel- und Osteuropas von der kommunistischen Gewaltherrschaft maßgeblichen Einfluss gehabt“, erklärte Pöttering in Brüssel. Dies sei einer der entscheidenden Auslöser für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit gewesen, die jetzt mit der Erweiterung vollendet wird.



# CDA-Zukunftspreis verliehen

Angela Merkel ist mit dem „Zukunftspreis“ der CDU-Sozialausschüsse ausgezeichnet worden.

Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz, würdigte in seiner Rede die Verdienste Angela Merkels. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehe für die energische Modernisierung der CDU Deutschlands und ihrer Programmatik. Der CDA-Vorsitzende betonte, dass die CDA den Reformprozess – „wenn auch manchmal als kritischer Begleiter“ – unterstützen werde. Arentz hob besonders die Eigenschaft der Parteivorsitzenden her-



Foto: Frank Ossensbrink

rer Laudatio vor allem die menschliche Seite der Preisträgerin 2003.

Angela Merkel stehe für die energische Modernisierung der CDU und ihrer Programmatik, begründete

die Jury ihre Entscheidung. Mit dem von ihr geprägten Motto „Mitten im Leben“ sei es gelungen, die notwendige Modernisierung des christlich-demokratischen Familienprogramms, die Anerkennung neuer Formen bürgerschaftlichen Engagements, die Belebung der Grundwertedebatte und den Versuch, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung, Flexibilität und Sicherheit in eine stabile Balance zu bringen.

Der Zukunftspreis der CDU-Sozialausschüsse zeichnet jedes Jahr innovative, zukunftsweisende Menschen aus, die den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft erfolgreich vorantreiben. Mit diesem Preis werden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geehrt, die in ihrem Wirken den wirtschaftlichen Erfolg und ihr Engagement für Arbeitnehmer miteinander verbinden.

vor, Diskussionen zu fördern und nicht zu unterdrücken. Deshalb unterscheide sich die Diskussionskultur in der Union deutlich von der in einer anderen großen deutschen Partei, in der „der Parteivorsitzende mit einer inflationären Flut von Rücktrittsdrohungen seine Partei auf Linie zu bringen versucht.“ Liz Mohn, Präsidiumsmitglied der Bertelsmann AG, würdigte in ih-

ner Laudatio vor allem die menschliche Seite der Preisträgerin 2003.

Angela Merkel stehe für die energische Modernisierung der CDU und ihrer Programmatik, begründete die Jury ihre Entscheidung. Mit dem von ihr geprägten Motto „Mitten im Leben“ sei es gelungen, die notwendige Modernisierung des christlich-demokratischen Familienprogramms, die Anerkennung neuer Formen bürgerschaftlichen Engagements, die Belebung der Grundwertedebatte und den Versuch, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung, Flexibilität und Sicherheit in eine stabile Balance zu bringen.

Der Zukunftspreis der CDU-Sozialausschüsse zeichnet jedes Jahr innovative, zukunftsweisende Menschen aus, die den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft erfolgreich vorantreiben. Mit diesem Preis werden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geehrt, die in ihrem Wirken den wirtschaftlichen Erfolg und ihr Engagement für Arbeitnehmer miteinander verbinden.

**UD**

## NEUE KOMMUNIKATIONSPLATTFORM „poli-c g.e.V.“

Neun engagierte Studenten und Berufseinsteiger aus ganz Deutschland haben Anfang August den Verein „poli-c g.e.V. – Verein zur Förderung der politischen Kommunikation und Information“ gegründet. Die Politikberatungsplattform begreift sich als überparteiliches Expertennetzwerk. Dennoch dominieren mit den Initiator Florian Busch-

Janser aktive RCDS'ler den Kommunikationsclub. Als Informationsplattform dient dem Verein die Internetseite [www.poli-c.de](http://www.poli-c.de). Dort findet der Interessierte übersichtlich strukturierte Informationen zu „Public Affairs“, „Politikberatung“ und „Campaigning.“ Eine News-Ecke und eine Terminliste runden das Angebot ab.



## Südwest-CDU stellt Weichen für die Europawahl

**Die baden-württembergische CDU hat die Weichen für die Europawahl gestellt. Als Spitzenkandidat nominierte die 340 Delegierten Rainer Wieland. Der Stuttgarter Europaabgeordnete wird die 20 Personen umfassenden Landesliste für die Wahl am 13. Juni 2004 anführen.**

„Wir werden dafür kämpfen, dass die CDU in Europa stark bleibt und noch stärker wird“, sagte der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Erwin Teufel. Die Europawahl sei von entscheidender Bedeutung, sagte das

Präsidiumsmitglied der CDU Deutschlands. Wenn die Europäische Verfassung in Kraft trete, werde das EU-Parlament erstmals auch über die Gesetzgebung entscheiden. Die CDU müsse dies den Bürger deutlich machen und einen engagierten Wahlkampf führen. Die Südwest-CDU könne damit rechnen, in der kommenden Legislaturperiode bis zu acht Europaabgeordnete stellen zu können. Derzeit stellen die baden-württembergischen Christdemokraten sechs Europaabgeordnete. Die Delegierten segneten in Offen-

burg ohne Veränderung die Landesliste ab, die von den Bezirksverbänden der Partei erarbeitet worden war. Hinter dem Spitzenkandidaten Wieland wurden auf Daniel Caspary und der Europaabgeordnete Karl von Wogau auf die Plätze gewählt. Prominentester Kandidat ist Kurt Joachim Lauk, Präsident des Wirtschaftsrates der Bundes-CDU und ehemals Vorstandsmitglied von Daimler-Benz.

Die CDU ist die einzige Partei im Land, die zur Europawahl eine eigene Landesliste aufstellt.

### NIEDERSACHSEN: ERFOLG BEI UNTERRICHTSVERSORGUNG

**Erstmals seit zehn Jahren kann der Schulunterricht in Niedersachsen fast vollständig erteilt werden.**

Mit der Einstellung von 1.500 zusätzlichen Lehrern habe man die Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen zum neuen Schuljahr um 1,6 Prozentpunkte erhöht und „nahezu hundert Prozent“ erreicht, sagte Kultusminister Bernd Busemann. Grund-, Haupt- und Realschulen seien durchschnittlich zu hundert Prozent mit

Lehrern versorgt, Gymnasien sogar zu 100,1 Prozent und Gesamtschulen zu 98,8 Prozent. Den Durchschnittswert von 99,5 Prozent an allen allgemein bildenden Schulen habe das Land zuletzt Anfang der 90er Jahre erreicht. Nach Angaben Busemanns fällt allerdings an den Sonder- und Berufsschulen im Land weiter ein Teil des Unterrichts aus. An den Sonderschulen gäbe es wegen Fachlehrermangels nur eine Versorgung von 95 Prozent,

sagte Busemann. An den Berufsschulen würden sogar nur 90 bis 91 Prozent erreicht. „Gegenüber dem Februar 2003 hat sich die Unterrichtsversorgung um 1,6% deutlich verbessert, obwohl noch Zusatzbedarf für steigende Schülerzahlen, die Einrichtung weiterer Verlässlicher Grundschulen und regionaler Integrationskonzepte, Hochbegabtenförderung und Einrichtung von Frühenglisch abgedeckt werden musste“, machte der Kultusminister deutlich.



## BEDEUTUNGSVERLUST

des Erwerbseinkommens: Laut Statistischem Bundesamt gaben im April 2002 nur noch 40% der Menschen in Deutschland das Erwerbseinkommen als wichtigste Unterhaltsquelle an; 1991 lag dieser Anteil noch bei 45%. Gründe für diesen Trend sind unter anderem die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der steigende Bevölkerungsanteil der Ruheständler.

## ZAHLE DER Sozialhilfeem

pfänger steigt weiter: Ende 2002 erhielten in Deutschland 2,76 Mio. Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt; 2,2% mehr als im Jahr zuvor. Die Sozialhilfeausgaben stiegen um 3,3% auf 24,7 Mrd. Euro. Besonders auffällig: Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt die Sozialhilfequote 6,6%, während von den über 65-jährigen nur 1,3% Sozialhilfe erhalten. Einen dramatischen Zuwachs an Sozialhilfeempfängern gab es 2002 mit +7% in Ostdeutschland; im Westen lag der Zuwachs nur bei 2%.

## OSTDEUTSCHLAND

holt beim Einkommen nicht auf: Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Lohnabstand zwischen Ost und West in den

letzten Jahren gewachsen. Während der durchschnittliche Bruttomonatslohn ostdeutscher Arbeitnehmer Ende 2001 mit 2047 Euro 30% unter dem ihrer westdeutschen Kollegen lag, betrug der Verdienstabstand 1995 noch 29%. Beim Nettoeinkommen ist die gleiche Tendenz zu beobachten: Im Westen sind die Nettoeinkommen real seit 1995 um 6% gestiegen, während der inflationsbereinigte Nettolohnzuwachs im Osten nur 3,6% betrug.

## SCHULDENBERG

wächst: Zur Jahresmitte lag der Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden bei 1.286 Milliarden Euro und damit um 5,1% über der Vorjahresmarke. Während die staatlichen Einnahmen stagnierten, haben die Ausgaben der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 2,3% zugenommen. In den ersten sechs Monaten des Jahres hat sich dadurch ein Defizit von 69 Milliarden Euro angehäuft – 11 Milliarden mehr als im Vorjahreszeitraum, so das statistische Bundesamt.

## ZWIESPÄLTIGE

Konjunkturindikatoren: Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist im September zum fünften Mal in Folge gestiegen – von 90,8

auf 91,9. Allerdings beurteilen die befragten Unternehmen nur die Aussichten für die Zukunft besser. Die derzeitige Lage wurde indes negativer eingeschätzt als noch im August. Der ZEW-Konjunktur-Indikator ist im Oktober entgegen der Erwartung leicht gefallen.

## HANDWERK

in der Krise: Laut Statistischem Bundesamt waren Ende Juni im Vergleich zum Vorjahr 5,1% weniger Menschen im Handwerk beschäftigt. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) vermeldet für die Branche 250.000 Jobs weniger als im Vorjahr; im zweiten Quartal 2003 sei ein Umsatzrückgang von 3,5 Prozent zu verzeichnen gewesen.

## TRANSATLANTISCHES

Verhältnis gestört durch Irak-Konflikt. Nach Einschätzung des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London ist das transatlantische Verhältnis durch den Irak-Konflikt „schwer beschädigt“. Dazu beigetragen hätten europäische Klagen über den Unilateralismus der USA und amerikanische Bedenken über die Bedeutung einer „multipolaren Welt“ schreibt das Institut in seinem Jahresbericht.

PETER GÖTZ:

## „Wer bestellt, bezahlt“ **Konnexitätsprinzip** ins Grundgesetz



**Zum Gesetzentwurf von CDU und CSU zur Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz erklärte der kommunalpolitische Fraktionssprecher:**

„Wer bestellt, bezahlt!“, heißt es im täglichen Leben. In der Politik gilt diese Grundregel des Zusammenlebens bisher nicht. Im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden bezahlt laut Grundgesetz der für eine öffentliche Aufgabe, der sie ausführen muss, und zwar ganz unabhängig davon wer sie veranlasst.

Die Regierung Schröder hat diesen Mangel im Grundgesetz zum Schaden der Kommunen und des Landes schamlos ausgenutzt:

■ die Förderung der privaten Altersvorsorge ist keine kommunale Aufgabe. Trotz-

dem hat Rot-Grün die Riechersche Rentenreform so „gestaltet“, dass den Kommunen Kosten von etwa 2 Mrd. € pro Jahr entstehen.

■ Auch das Kindergeld ist eine staatliche Aufgabe. Trotzdem sorgen rot-grüne Gesetze dafür, dass die Gemeinden die Rechnung durch steuerliche Folgen mit 3,5 Mrd. € pro Jahr mitbezahlen.

■ Schröders Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Deutschland ist Schlusslicht in Europa und hat weit über 4 Mio. Arbeitslose. Immer mehr davon sind Langzeitarbeitslose. Ihre Versorgung soll eigentlich aus dem staatlichen Arbeitslosengeld kommen. In Wirklichkeit brauchen aber immer mehr Arbeitslosenhilfebezieher zusätzliche Sozialhilfe. Die Gemeinden bezahlen dafür über 4 Mrd. € im Jahr.

■ Bei der Versteigerung der UMTS-Lizenzen hat Finanzminister Eichel für den Bund etwa 50 Mrd. € kassiert. Den Kommunen entgehen dabei durch steuerliche Effekte 7 Mrd. €.

■ In ihrer letzten Koalitionsvereinbarung haben SPD und Grüne festgelegt, dass die Gemeinden für 20 % aller Kinder bis zum Alter von drei Jahren eine Tagesbetreuung vorhalten müssen. Schröder schreibt sich die Wohltat zu Gute. Ein großer

Teil der Kosten bleibt bei den Kommunen hängen.

Die Liste der rot-grünen Kostenverlagerungen könnte beliebig verlängert werden. Ergebnis dieser Politik ist die dramatische Finanzkrise der Kommunen, die steigende gesamtstaatliche Verschuldung und zum guten Teil das Verfehlen der Maastrichtkriterien. Deshalb muss das Konnexitätsprinzip zum Wohl des Landes so schnell wie möglich ins Grundgesetz.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einen Anlauf gemacht. Der Bundestag wird über die beantragte Grundgesetzänderung am Freitag entscheiden.

WERNER WITTLICH  
JULIA KLÖCKNER:

## Bundespfandminister im **Abseits**

**Zu der Drohung von Bundesumweltminister Trittin, die Pfandpflicht auf Saftkartons und Weinflaschen auszuweiten, erklärten der für die Verpackungsverordnung zuständige Berichterstatter und die Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Weinbau:**





die die Europäische Kommission bereits Einwände erhoben hat. Seine Absicht ist, die Pfandpflicht auf Dauer festzuschreiben und die unionsgeführten Länder in eine Mitverantwortung für die entstandenen Schäden zu zwingen.

Nach der von Trittin offenbar frei erfundenen „Studie der Freien Universität Berlin“ und der Verheimlichung der tatsächlich existierenden PROGNOSE-Studie zu den Folgen der Pfandpflicht ist das Maß nun voll. Wir brauchen dringend einen Neuanfang in der Verpackungspolitik.

DIRK FISCHER:

### Maut: Wann zieht Kanzler Schröder die Reißleine?



**Zu den personellen Konsequenzen bei Toll Collect erklärte der verkehrspolitische Fraktionssprecher:**

Respekt: Die Industrie hat die erforderlichen perso-

nellen Konsequenzen aus dem Mautdesaster gezogen.

Nun ist Bundeskanzler Schröder am Zuge, denn sein Bundesminister Stolpe trägt die volle politische Verantwortung für das Mautdesaster in Deutschland.

Das politische Wirken Stolpes in Sachen Maut ist geprägt durch Missmanagement, Vereinbarungen zu Lasten des Steuerzahlers, mangelndes Controlling gegenüber der Industrie sowie massive Fehler im Umgang mit Brüssel. Dies reiht sich ein in eine Kette von Misserfolgen im Umgang mit Großprojekten, die er in der Vergangenheit als brandenburgischer Ministerpräsident förmlich in den märkischen Sand gesetzt hat.

Die Folgen aus dem Mautdesaster sind für den Bundeshaushalt katastrophal, denn bei einer Verschiebung bis zum 01.03. 2004 gehen der Finanzierung der Infrastruktur von Straße und Schiene schnell über 1,1 Mrd. Euro verloren. Dadurch sind die im Bundeshaushalt aufgeführten 39 Straßenbauprojekte massiv gefährdet. Ausweislich des Bundeshaushalts sollen gerade diese Projekte durch das Mautaufkommen finanziert werden.

Ich fordere den Bundes-

Der Bundespfandminister rennt ins Abschiefs. Soeben haben Meinungsumfragen gezeigt, dass drei Viertel der Verbraucher das Zwangspfand auf Einwegverpackungen satt haben. Statt endlich zur Vernunft zu kommen, droht Trittin mit Ausweitung des Pfandchaos auf Wein und Fruchtsaft. Für die Arbeitnehmer der betroffenen Branchen und die Verbraucher ist das eine Zumutung.

Auch rechtlich bewegt sich Trittin auf immer dünnerem Eis. Weder ist bislang eine Unterschreitung der Mehrwegquote bei Wein und Fruchtsaft amtlich nachgewiesen, noch gibt es irgendeine Rechtfertigung, im Widerspruch zu den von Trittin bislang geteilten ökologischen Erkenntnissen für diese Verpackungen einen Sofortvollzug der Pfandpflicht anzuordnen. Trittin will mit der Ausweitung der Pfandpflicht auf Saftkarton und Weinflasche den Bundesrat in die Knie zwingen, einer verkorksten Novelle der Verpackungsverordnung zuzustimmen, gegen

kanzler auf, nun endlich die personellen Konsequenzen in seinem Kabinett zu ziehen und Minister Stolpe aus dem Amt zu entlassen.

MARIA BÖHMER:

## Endlich Reformen!



**Zum „Bildungsbericht für Deutschland“, der in der Kultusministerkonferenz vorgestellt wurde, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:**

Schwerwiegende Fehlentwicklungen wirft der Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz dem deutschen Bildungssystem vor: Reformen kommen zu langsam in die Gänge, die Qualitätsunterschiede der Schulen werden immer größer, und der Rotstift wird auch an Deutschlands Bildungseinrichtungen angesetzt.

Bestes Beispiel dafür: Der Haushalt des Bundes wächst in diesem Jahr um 1,2 Prozent. Für Bildung und Forschung werden dagegen 1,8

Prozent weniger eingeplant. Darüber können auch die eine Milliarde Euro für die Ganztagschulen nicht hinwegtäuschen. Angesichts der lange schon vorliegenden Ergebnisse von PISA und der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist das ein Skandal. Denn nur mit Innovationen kommen wir in Deutschland weiter voran. Dafür brauchen wir aber beste Bildung und beste Forschung.

Unsere Forderungen für eine bessere Bildung in Deutschland lauten daher: ■ Mehr Qualität an unseren Schulen. Die Anforderungen an Lernende und Lehrer müssen deutlich erhöht und regelmäßig evaluiert werden. Die Ganztagschule nach der Vorstellung von Frau Bulmahn, die lediglich zu mehr Betreuung führt, ist nicht das Allheilmittel. Auch Ganztagschule muss man richtig machen, das heißt, es kommt auf die Inhalte und nicht auf die Verweildauer an. Nur qualitativ hochwertiger Unterricht führt zu besserer Bildung. ■ Früher in die Schule, früher aus der Schule und früher in den Beruf. Das Einschulungsalter muss von derzeit durchschnittlich 6,8 Jahren auf 6 Jahre gesenkt und das Abitur bereits nach der 12. Klasse abgelegt werden. Auch die Studiendauer kann verkürzt werden. ■

Bessere Verzahnung von Elternhaus, Bildung und Betreuung. Bildung darf nicht erst in der Grundschule beginnen. Bereits im Kindergarten muss die Neugierde und Wissbegierigkeit von Kindern genutzt werden, damit Bildung bereits dort beginnen kann. Die Eltern dürfen dabei nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Denn eines ist nicht zu übersehen: Das Elternhaus ist der wichtigste Ort frühkindlicher Erziehung und Bildung. Institutionen und Elternhaus müssen daher gerade in dieser frühen Phase an einem Strang ziehen.

In dieser Situation helfen keine neuen Kommissionen oder kein weiterer neuer Sachverständigenrat. Vor Ort, in den Schulen, an den Universitäten, in den Kindergärten und in den Elternhäusern: Da muss jetzt gehandelt werden.

DAGMAR WÖHRL:

## Zwangsabgabe schafft keine Lehrstellen

**Zur Forderung der Gewerkschaften nach einer Ausbildungsplatzabgabe, um die Lehrstellenlücke zu schließen, erklärte die wirtschaftspolitische Sprecherin:**





Der rein dekorative Ausbildungsgipfel mit Zweitbesetzung zeigte, wie ergebnislos und überflüssig Palaver von den geschickten Bündnispartnern für Arbeit sind. Wenn der DGB-Chef Michael Sommer wieder die ideologische Peitsche schwingt und der Wirtschaft mit planwirtschaftlicher Abgabengewalt droht, dann hat er den Kontakt zur Realität gänzlich verloren. Sonst hätte er festgestellt, dass es der Wirtschaft trotz der schwierigen Lage gelungen ist, die Lehrstellenlücke um 90% zu verringern. Die Unternehmen sowie die Industrie- und Handelskammern wollen in einer Nachvermittlungssaktion ihre Bemühungen noch verstärken, jedem Lehrstellersuchenden ein Angebot zu machen. In dieser Situation ist verstaubte Klassenkampf-Rhetorik besonders kontraproduktiv.

Zumal die Argumente gegen eine Ausbildungsplatzabgabe hinlänglich bekannt

und einleuchtend sind: ■ Erstens Mehrkosten. Durch die Ausbildungsplatzabgabe wird die Belastung der Unternehmen weiter erhöht. Wir brauchen aber niedrigere Kosten, um Arbeit auch aus Unternehmersicht wieder lukrativ zu machen. Denn noch immer sind wir hinter Norwegen Vizeweltmeister bei den Arbeitskosten. Im verarbeitenden Gewerbe müssen 26,36 Euro pro Stunde erst einmal durch entsprechende Umsätze am Markt verdient werden. ■ Zweitens verursacht eine Abgabe neue Verwaltungskosten. Durch die Abgabe könnten schätzungsweise unproduktive Kosten in Höhe von rund 690 Millionen Euro entstehen. Kosten, die nur zu Mehrarbeit bei Beamten, nicht aber in den Unternehmen führen. ■ Drittens: Das Abgaben-Konzept lässt die Eignung der Bewerber völlig außer Acht. Unternehmen, die trotz angebotener Stelle keine geeigneten Azubis finden, werden bestraft. Auch im Moment werden z. B. in der Metall-, Elektro- und Textilindustrie händleringend geeignete Lehrlinge gesucht. ■ Viertens: Auch Betriebe sollen ausbilden, deren Zukunft ungewiss ist. Dabei wäre es im Zweifelsfall doch sinnvoller, dass ein Unternehmen in einer Krise seine gesamte Kraft

darauf richtet, wieder in sicheres Fahrwasser zu gelangen, um so zumindest die Mitarbeiter zu halten. In dieser Situation Lehrlinge einzustellen, wäre sowohl im Sinne der Beschäftigten als auch der Lehrlinge eine unverantwortliche Zusatzbelastung. ■ Fünftens: Mitnahmeeffekte. Bereits jetzt besteht in einigen Unternehmen durchaus die Chance, auszubilden. Durch die Diskussion um mögliche Zuschüsse werden aber Anreize geschaffen, mit den Lehrstellen bis zum kommenden Jahr zu warten, um dann eine mögliche Ausbildungsprämie zu kassieren. So wird kein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen. Es wird lediglich die Mentalität unserer Gesellschaft auf Staatswirtschaft getrimmt.

Rot-Grün wäre gut beraten, die ganz konkreten Konzepte der Union aufzugreifen. Statt mit Zwangsmaßnahmen zu drohen, muss man sich die Frage stellen, ob viele Betriebe nicht vor zu stark angehobenen Ausbildungsvergütungen zurückschrecken? Oder vor den zu sehr verringerten Nettozeiten in den Betrieben, vor den verschärften Auflagen? Wir müssen die Bedingungen für die Ausbildungsbetriebe verbessern.



**Kalenderkarte:**  
**„Steuer- und Abgabenlast“**  
 ca. Scheckkartenformat aus  
 Kunststoff

Bestell-Nummer: 9084  
 Preis je 100 Stück: 10,00 €  
 inkl. MwSt.: 11,60 €



**Aktionszeitung: „5 Jahre Rot-Grün“**

Die größten Flops von Rot-Grün/  
 Die Konzepte der CDU

Bestell-Nummer: 1013  
 Preis je 250 Stück: 16,00 €  
 inkl. MwSt.: 17,20 €



**Folder: „10 Punkte PLUS“**  
 10 Kernpunkte der CDU für mehr  
 Wachstum und Arbeit

Bestell-Nummer: 2085  
 Preis je 100 Stück: 10,00 €  
 inkl. MwSt.: 10,70 €



**Notizheft:**  
**„Was hat Rot-Grün gebracht?“**  
 auf 36 Seiten Fakten zu rot-grüner  
 Misswirtschaft und Leerseiten für  
 eigene Notizen

Bestell-Nummer: 5086  
 Preis je 20 Stück: 12,00 €  
 inkl. MwSt.: 13,92 €

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services  
 Bertelsmann-Versandzentrum  
 Postfach 1162,33759 Versmold  
 Telefax 05241-8041892  
 e-mail:  
 cdu-shop@bertelsmann.de



**Broschüre „Jeder kann etwas bewegen.“**

Angela Merkel

Bestell-Nummer: 5942

Preis je 100 Stück: 20,00 €  
inkl. MwSt.: 21,40 €



**Broschüre „Die CDU.“**

Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: 5076

Preis je 50 Stück: 18,50 €  
inkl. MwSt.: 19,80 €

**Service-Scheckheft der CDU Deutschlands zur Mitgliederkampagne**

Bestell-Nummer: 9075

Preis je 50 Stück: 15,75 €  
inkl. MwSt.: 18,27 €



**Leitfaden „Kampagne Mitgliederwerbung“**

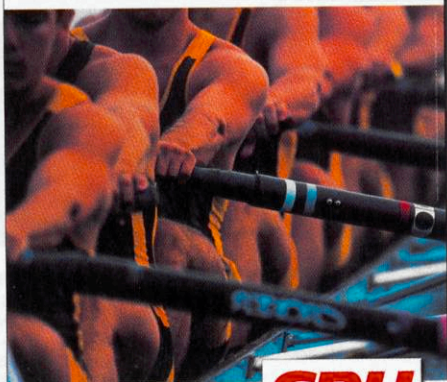
Bestell-Nummer: 4019

Preis je 25 Stück: 14,50 €  
inkl. MwSt.: 15,52 €



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

**Viel bewegen.  
Mitglied werden.**



Besser für die Menschen.

**CDU**

**Plakat „Viel bewegen. Mitglied werden.“**  
DIN A1

Bestell-Nummer: 7087  
Preis je 50 Stück: 19,00 €  
inkl. MwSt.: 22,04 €



**Aufnahmeantrag**  
mit abtrennbarem Abfragebogen  
für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: 6719  
Preis je 200 Stück: kostenlos